Klaus Voussem MdL
Verkehrspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion

Klaus Voussem MdL – Postfach 10 11 43
Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

CDU-Bürgermeister
CDU-Fraktionsvorsitzende
CDU-Gemeinde- und Stadtverbandsvorsitzende

Düsseldorf, den 23. März 2018

Diese Woche in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden informiere ich Sie als Ihr Landtagsabgeordneter über die aktuellen Themen, Gesetzesvorgänge und Vorhaben der CDU-geführten NRW-Landesregierung sowie des Landtags. Meine Themen in dieser Woche:

- # ***Entfesselungspaket I: Landtag setzt Wahlversprechen um***
- # ***G8/G9: Nachhaltige Lösung für eine drängende Strukturfrage***
- # ***Ausbau und Stärkung von Ausbildungsplätzen***
- # ***Vernetzte Maßnahmen für eine bessere Luftqualität statt Fahrverbote***

#Entfesselungspaket I: Landtag setzt Wahlversprechen um

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der NRW Landtag dem Entfesselungspaket I zugestimmt. Damit wird zum Beispiel die Hygieneampel für Bäckereien, Metzgereien oder Restaurants wieder abgeschafft. Davon erhoffen sich die Regierungsfraktionen einen Abbau der Bürokratie – zumal es in NRW eine hervorragende Lebensmittelüberwachung gibt.

Nach Berechnungen des NRW-Wirtschaftsministeriums spart die Abschaffung den rund 150.000 betroffenen Geschäften und Restaurants sowie den zuständigen Kontrollbehörden rund 450.000 Arbeitsstunden.

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 884 25 44
Fax: 0211 / 884 33 07

Wahlkreisbüro
An der Vogelrute 9
53879 Euskirchen
Tel.: 02251 / 886 79 90
Fax: 02251 / 866 79 92

Kontakt
klaus.voussem@landtag.nrw.de
www.klaus-voussem.de
facebook.com/klaus.voussem
twitter.com/voussem

Die ebenfalls im Entfesselungspaket I beschlossene Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes gebe darüber hinaus auch kleinen mittelständischen Unternehmen wieder die Chance, sich um Aufträge der öffentlichen Hand zu bewerben Damit wird ein klarer Wettbewerbsnachteil zu Lasten kleiner Betriebe und deren Beschäftigten geändert.

Die moderate Erweiterung des Ladenöffnungsgesetzes mit der Möglichkeit auf bis zu acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr soll dem stationären Einzelhandel mehr Bewegungsfreiheit im Kampf um die Attraktivierung der Innenstädte und gegen Verkaufsplattformen im Internet geben. Jede Kommune entscheidet, ob es die acht verkaufsoffenen Sonntage auch wirklich ausschöpft.

#G8/G9: Nachhaltige Lösung für eine drängende Strukturfrage

Schon lange ist keine Strukturfrage im NRW-Schulsystem so intensiv diskutiert worden wie die um den 8- oder 9-jährigen Bildungsgang am Gymnasium. Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Menschen auf den heutigen Tag gewartet haben. Mit dem Gesetzentwurf zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium wird die NRW-Koalition eine nachhaltige Lösung der Strukturfrage für die gymnasialen Bildungsgänge herbeiführen und damit endlich für Klarheit sorgen.

Durch den Wegfall der Wehrpflicht, die steigende Lebenserwartung, das spätere Renteneintrittsalter und die frühere Einschulung gibt es gewichtige Gründe, das bisherige G8-Modell zu überdenken. Den Versuch der Vorgängerregierung, die Probleme von G8 mit Hilfe eines runden Tisches in den Griff zu bekommen, darf man getrost als gescheitert betrachten. Mit der Leitentscheidung für G9 trägt die Landesregierung den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung und ermöglicht den Schülerinnen und Schülern dadurch mehr Raum zur persönlichen Entwicklung und für außerschulische Angebote. Gleichzeitig kommen wir den Wünschen der Eltern und Schulen entgegen, die gute Erfahrungen mit G8 gesammelt haben und bei diesem Bildungsgang bleiben möchten: Mit einem Beschluss der Schulkonferenz mit mehr als 2/3 der Stimmen kann eine Schule den Verbleib bei G8 beschließen.

Die CDU möchte die bei der Einführung von G8 gemachten Fehler vermeiden und den neuen neunjährigen Bildungsgang gut vorbereiten, damit ein möglichst reibungsloser Übergang gewährleistet wird. Unruhe hatten die Gymnasien im Kreis Euskirchen in der Vergangenheit schon genug. Die CDU freut sich daher, dass die NRW-Koalition bei dem gesamten Verfahren in Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden vorgeht.

#Ausbau und Stärkung von Ausbildungsplätzen

Die Ausgangslage auf dem Ausbildungsmarkt in NRW ist alles andere als rosig. Immer weniger junge Menschen wählen den Weg einer Ausbildung, während die Akademisierung weiter zunimmt. Die NRW-Koalition hält Wort und wird die Attraktivität von Ausbildungsplätzen weiter vergrößern und dafür sorgen, dass Ausbilder und Auszubildende besser zusammenfinden. Mit einem Gesamtkonzept soll die Ausbildung gestärkt werden.

Der Dreiklang einer vorausschauenden und klugen Arbeitsmarktpolitik ist es, jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnen, Arbeitsplätze langfristig zu sichern und Beschäftigte durch Weiterbildung fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Im Gegensatz zu unabgestimmten Einzelprogrammen steht die NRW-Koalition für eine Förderung, die Ausbildung, Arbeitsmarkt und Weiterbildung konzeptionell zusammenführt. Dabei braucht es klare Programmlinien mit klaren Regelungen, um klar definierte Ziele zu erreichen.

Ob die bessere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, die Einführung eines Azubi-Tickets oder den Ausbau des Ausbildungskonsenses zu einem Bündnis für Fachkräftesicherung – die NRW-Koalition wird die Attraktivität der Ausbildung erhöhen und damit mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe begeistern.

#Vernetzte Maßnahmen für eine bessere Luftqualität statt Fahrverbote

Ministerpräsident Armin Laschet MdL hat diese Woche in seiner Unterrichtung im Landtag eine klare Strategie mit einer Vielzahl wirksamer Instrumente vorgestellt, die die Luftqualität in den NRW Städten nachhaltig verbessern. Dieses Vorgehen berücksichtigt den bekannten Tenor des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2018. Insbesondere tragen die vernetzten Maßnahmen der, vom Gericht eingeforderten, strikten Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes Rechnung. Gemeinsam mit der Landesregierung möchte die CDU-Fraktion aus diesem Grund heraus alles daransetzen, Fahrverbote zu verhindern.

Gemeinsam mit der „Deutschen Umwelthilfe“ haben auch Politiker von SPD und B90/Die Grünen in unverantwortlicher Weise den Eindruck erweckt, Fahrverbote seien die unausweichliche Folge des Urteils. Eine solche Argumentation legt es geradezu darauf an, sowohl Fahrer von Diesel-Fahrzeugen als auch um ihre Gesundheit besorgte Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verunsichern.

Ein Verein, wie die Deutschen Umwelthilfe, die unter anderem von TOYOTA, der amerikanischen „Ford Foundation“, sowie der ebenfalls amerikanischen „ClimateWorks

Foundation“ unterstützt wird, muss sich Fragen dazu gefallen lassen, welchen Einfluss diese Firmen und Organisationen auf die Arbeit des Vereins haben. Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die über die Umwelthilfe gesteuerten Kampagnen einen Zweck verfolgen: Schärfere Grenzwerte bei so ziemlich allem, darunter auch Stickoxide, um die eigenen Marktchancen zu verbessern.

Umso wichtiger war, dass Ministerpräsident Armin Laschet mit den vorgestellten Instrumenten aufgezeigt hat, wie Fahrverbote vermieden werden können. Seien es die Förderung des Ausbaus alternativer Antriebe sowie der entsprechenden Infrastruktur, die Förderung neuer Verkehrskonzepte für Städte und Gemeinden und für Wirtschaftsunternehmen, die Förderung der Weiterentwicklung emissionsarmer konventioneller Antriebe oder die Förderung des Ausbaus des ÖPNV und der Anschaffung von Elektro- und wasserstoffbetriebenen Linienbusse, als nur einige der Maßnahmen, mit denen die Landesregierung dafür sorgen möchte, dass die Luft auch an stark belasteten Verkehrswegen besser wird. Das ist verantwortliches Handeln der Landesregierung für beide Seiten, für Dieselfahrer und für Anwohner stark befahrener Straßen.